

Arbeiter
Angestellte
BeamteArbeiter
Angestellte
Beamte

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

www.dstg-berlin.de/grollblatt

Beamtenpolitisches Grundsatzgespräch mit dem Berliner Innensenator nach Eklat abgebrochen

Das für den 29. November 2002 anberaumte beamtenpolitische Grundsatzgespräch mit dem Senat wurde vom Landesvorsitzenden des dbb berlin, Joachim Jetschmann, abgebrochen, nachdem der für das öffentliche Dienstrecht zuständige Innensenator Dr. Ehrhart Körting (SPD) nicht bereit war, seine Ausführungen in einem Interview mit der Nachrichtenagentur ddp vom 19. November 2002 zurückzunehmen oder zu korrigieren. Grund dafür waren die vom Innensenator Körting gemachten Aussagen, dass sich das besondere Dienst- und Treueverhältnis der Beamten und das Streikverbot überholt hätten und nicht mehr zeitgemäß seien.

Die vom dbb berlin dem Senator zur Erörterung vorgeschlagene Tagesordnung für das beamtenpolitische Grundsatzgespräch sah als erstes Thema die Strukturprinzipien des Beamtenrechts vor. Dieses Thema war auf der Tagesordnung, weil der Innensenator in den letzten Wochen sich grundsätzlich gegen das Berufsbeamtentum ausgesprochen hatte, und sich auch wiederholt abfällig über einzelne Regelungen des Beamtenrechts geäußert hatte. Zudem hatte Körting das Dienstverhalten der Beamten und Beamtinnen in der Öffentlichkeit oder im Berliner Abgeordnetenhaus kritisiert.

Auf wiederholte Nachfragen korrigierte der Innensenator seine Äußerungen zum besonderen Dienst- und Treueverhältnis und zum Streikverbot nicht. Im Gegenteil, Körting wandte sich mit heftiger Polemik stattdessen gegen das Besoldungsrecht und verstieg sich zu der Aussage, „das Besoldungssystem sei von alten Männern für alte Männer gemacht und sei kinder- und familienfeindlich“. Völlig außerhalb jeder Sachlichkeit kritisierte der Senator den Grundsatz der Versorgung aus dem zuletzt erworbenen Amt eines Beamten und stellte das Recht der Beamtenversorgung absolut in Frage. Im übrigen könne er sich nur noch vorstellen, dass künftig lediglich bei der Polizei, dem Justizvollzug, der Feuerwehr oder im Bereich der Erhebung von Steuern Beamte eingesetzt werden dürften. Den Einsatz von beamteten Lehrerinnen und Lehrern lehnte der Innensenator ab. Lediglich die Schulleiter könnten auf Zeit zu Beamten ernannt werden.

Nach diesen Ausführungen des Innensenators sah die dbb-Gesprächsdelegation, keine Grundlage für die Fortsetzung

der Erörterungen, da Grundsätze des Beamtenrechts in Frage gestellt wurden.

Die Mitglieder des dbb – beamtenbund und tarifunion berlin – und Vertreter der Fachgewerkschaften, darunter von der DSTG Berlin der Landesvorsitzende Detlef Dames beendeten darauf hin nach etwa 20 Minuten das Grundsatzgespräch.

dbb berlin und DSTG Berlin erwarten, dass sich die Berliner Koalitionsparteien klar und eindeutig von der beamten-, arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlichen Haltung des Berliner Innensenators Dr. Ehrhart Körting distanzieren (ddp-Interview 19.11.2002 Seite 96, Presspiegel Seite 95).

INHALTSVERZEICHNIS

Beamtenpolitisches Grundsatzgespräch mit dem Innensenator nach Eklat abgebrochen	89
Impressum	90
Weihnachtsgrüße	91
3. dbb-Beschäftigtenvertreterkonferenz	94
Schwerbehindertenwahlen 2002	96
Kostendämpfungspauschale ab 1.1.2003	99
DSTG-Leistungsangebot: Tarifverhandlungen für Angestellte und Arbeiter	100

Ab 1. Januar 2003: Kürzung der Versorgungsbezüge

Das Beamtenversorgungsgesetz (zuletzt geändert am 20.12.2001 durch Artikel 1 des Versorgungsänderungsgesetzes) bringt zum 1. Januar 2003 erstmalig Verschlechterungen für alle Ruhegehaltsempfänger. Ab 1. Januar 2003 beträgt der höchste Ruhegehaltprozentsatz 71,75%. Von der Verschlechterung sind erstmalig auch diejenigen Pensionäre betroffen, die bereits seit Jahren Ruhegehaltsbezüge erhalten.

Durch die im Versorgungsänderungsgesetz getroffenen Regelungen werden die bestehenden Ruhegehaltsbezüge nicht sofort gekürzt, sondern bei den ab dem Kalenderjahr

2003 folgenden acht Besoldungsanpassungen wird die Erhöhung der Ruhegehaltsbezüge in gleichen Schritten gekürzt.

Durch diese geringere Erhöhung der

Ruhegehaltsbezüge werden die Pensionen von 75% auf 71,75% abgesenkt. Entsprechend sinkt ab 1. Januar 2003 der jährliche Steigerungssatz von 1,875% auf 1,79375%.

Körting: Berlin will Berufsbeamtentum Grenzen setzen

ddp-Interview 19.11.2002 – ddp/chs/mwa

Berlin will dem Berufsbeamtentum nach Darstellung von Innensenator Ehrhart Körting (SPD) Grenzen setzen. Mit Ausnahme von Polizei, Feuerwehr oder Justiz werde es auf mittlere Sicht im öffentlichen Dienst weitgehend nur noch Angestellte und Arbeiter geben, sagte Körting in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur ddp. Er begründete die Neuorientierung vor allem mit der Finanzkrise Berlin. Eine «völlige Verabschiedung» vom Beamtentum lehnt Körting dagegen ab.

Durch die wachsende Zahl von Ruheständlern und steigende Bezüge müsse das hoch verschuldete Berlin immer mehr Geld für Pensionen ausgeben, sagte der Senator. Beamte, seien zwar während ihrer Dienstzeit billiger als Angestellte, weil der Staat den Arbeitgeberanteil für die Sozialversi-

cherung spare. Mit ihrem Ausstieg aus dem Berufsleben müsse er jedoch voll für das Ruhegeld aufkommen.

Noch entscheidender ist aus Sicht Körtings aber, dass sich die Stadt trotz ihrer dramatischen finanziellen Lage von Beamten wegen des Kündigungsschutzes nicht trennen könne. Angestellte kämen in den Genuss dieses Privilegs dagegen erst nach 15 Dienstjahren. Derzeit sei die Verbeamtung wegen des Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst allerdings ohnehin weitgehend ausgesetzt.

Der Beamten-Status solle künftig in erster Linie Staatsdienern mit so genannten hoheitlichen Aufgaben vorbehalten bleiben, sagte Körting. Insbesondere bei Lehrern sei dieser aus seiner Sicht «nicht zwingend». Allerdings verteidigte Körting die gro-

ße Verbeamtungswelle unter Pädagogen im Ostteil der Stadt Mitte der 90er Jahre. Die damalige Entscheidung der CDU/SPD-Koalition sei aus Gründen der Gleichbehandlung mit den Lehrern im Westteil «vertretbar» gewesen.

Außerdem regte Körting eine grundsätzliche Diskussion zur Zukunft des Berufsbeamtentums an. Auch unabhängig von finanziellen Zwängen sollte überlegt werden, ob dieser Status noch zeitgemäß sei. Argumente wie die besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat und das Streikverbot hätten sich mittlerweile überholt. Vertrauensposten könnten auch mit Angestellten besetzt werden. Körting empfiehlt dazu den Blick über die Grenze. Andere Länder wie die USA kämen auch ohne Beamte – mit so genannten Lebenszeitangestellten – aus.

IMPRESSUM

DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb - beamtenbund und tarifunion

Herausgeber Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Montag 9:00 - 18:00 Uhr Dienstag - Donnerstag 9:00 - 14:00 Uhr
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 e-mail: info@dstg-berlin.de

Internet www.dstg-berlin.de

Schriftleitung Jürgen Köchlin, stv. Landesvorsitzender der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN

Redaktion Detlef Dames, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Rita Rohde, Frank Schröder, Jeàn Wandkowski
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 15. des Monats. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

Gestaltung/Layout Jürgen Köchlin Fotos: DSTG BERLIN Archiv

Druck DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askaniering 155-156, 13585 Berlin-Spandau
Telefon: 030 3752030 Telefax: 030 3755226 e-mail: druckerei.wichmann@t-online.de

Titellayout Karsten Köchlin

Auflage 8.500 Exemplare - Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Dezember 2002



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wieder neigt sich ein Jahr seinem Ende zu. Ein Jahr, wie es ereignisreicher kaum sein kann. An jeden einzelnen Beschäftigten wurden hohe Anforderungen an die Duldsamkeit und Leidenschaftlichkeit gestellt.

Zu der bereits hinlänglich bekannten Regelungsflut der Steuergesetzgeber und der mit erheblichen Mängeln behafteten Computerausstattung gesellte sich eine kaum noch zu bändigende Experimentierfreudigkeit von Mittel- und Oberbehörde. Neue Organisationsmodelle für die Steuerverwaltung wurden erdacht und Begriffe wie Kombi-Sachgebiet und Sachgebiet Erhebung ziehen ihre Kreise. Zudem sind weitere einschneidende Maßnahmen in der Finanzkasse und DEKOMM-Stelle geplant.

Alle neuen Strukturen haben eines gemeinsam: Sie sollen, teilweise nur gemunkelt, häufig aber ganz offen ausgesprochen, einen Beitrag zur Stelleneinsparung in der Steuerverwaltung leisten.

Von daher sahen wir es als unsere Aufgabe an, jede geplante Veränderung einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Am Beispiel des Kombi-Sachgebietes verblüffte uns schon in welchem Umfang die OFD ein gerütteltes Maß an Planlosigkeit an den Tag legte. Eine vernünftige Ausstattung der Plätze mit Computerhardware und –software wurde genauso wenig wie eine Fortbildung vor Beginn des Pilotprojektes für notwendig erachtet. Geradezu leichtfertig erschien es uns daher, dass der Gesamtpersonalrat - ohne die Beseitigung oben genannter Mängel einzufordern – dem Beginn der Pilotierung seine Zustimmung erteilte. Es gilt daher nur zu hoffen, dass die OFD ohne eigene Einflussnahme diese Pilotierung nur beobachtet, damit die engagierten Beschäftigten in den Finanzämtern Spandau und Treptow/Köpenick einen sachorientierten Abschlußbericht über das Pilotprojekt abgeben können. Die Möglichkeiten sich entsprechend in der Steuerungsgruppe Kombi-Sg einzubringen werde ich selbstverständlich wahrnehmen.

Leider hat auch die politische Ebene nichts ausgelassen, um die Arbeitssituation zu verschärfen, die Beschäftigten in der Öffentlichkeit zu verunglimpfen und sie mit der Absicht zu verunsichern Ihnen einen nicht unerheblichen Beitrag zur Haushaltssanierung abverlangen zu wollen. Das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Politiker hat schon in der Vergangenheit gelitten und ist in der Tendenz weiterhin fallend und zwar ins bodenlose.

Es liegt an den Politikern dieses verloren gegangene Vertrauen zurück zu gewinnen. Dazu bedarf es einer klaren Identifikation der Politiker mit ihrer Rolle als Arbeitgeber der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Während in der Wirtschaft kein Arbeitgeber auf die Idee käme seine Belegschaft öffentlich an den Pranger zu stellen ist dies bei den Politikern wenn es um die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes geht, geübte Praxis.

Sie können aber sicher sein, dass sie sich weiterhin auf die DSTG an Ihrer Seite verlassen können. Wir lassen uns nicht unterkriegen.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein gesegnetes und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Ihr

Detlef Dames



23. Berliner Skatmeisterschaft der Berliner Finanzämter

Am 16. Januar 2003 beginnt wieder in der Kantine des Finanzamtes Wilmersdorf die diesjährige DSTG-Skatmeisterschaft. Teilnahmeberechtigt sind alle Angehörigen der Berliner Finanzverwaltung (Finanzämter, Oberfinanzdirektion Berlin und Senatsverwaltung für Finanzen). Jeweils drei Serien zu je 24 Spielen werden nach den Regeln des Deutschen Skatverbandes gespielt. Anmelden können sich interessierte Kolleginnen und Kollegen, die Spaß am Skatspiel haben und die Geselligkeit am Spieltisch im Vordergrund sehen.

Spielort:

Kantine des Finanzamtes Wilmersdorf
(Blissestraße 5).

Spieltermine:

16. Januar 2003
27. März 2003
15. Mai 2003

Anmeldungen:

K. Frohloff: 030 70102758/9
oder 030 6054216

Startgeld:

1-5 Runde jeweils 8,- •, 6. Runde
11,- •. Für jedes verlorene Spiel
sind -,50 • Strafgeld fällig. Eingepasste
Spiele belasten jeden Mitspieler am Tisch
am -,50 •

21. August 2003
13. Oktober 2003
4. Dezember 2003

H. Bialowons: 030 86003114

Spielzeit:

jeweils ab 16:00 Uhr

Weitere Informationen sowie die
Teilnahmebedingungen sind in den
Dienststellen am Schwarzen Brett der
DSTG-Bezirksgruppe veröffentlicht.

PDS-Hearing zum Solidarpakt

Am 29. November 2002 veranstaltete die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus ein Hearing zum Thema „Solidarpakt für Berlin – Chancen und Risiken“ mit Thomas Dane (Liga freie Wohlfahrtspflege), Dr. Peter Grottian (FU Berlin), Stefan Liebich (PDS Berlin), Susanne Stumpfenhusen (ver.di Berlin). Für den dbb berlin nahm Detlef Dames (DSTG Berlin) an der Diskussion teil.

DSTG - kompetent, sachlich, konstruktiv



TACHELES

TACHELES, der monatliche Nachrichtendienst der dbb-tarifunion, informiert die Mitglieder der 44 Fachgewerkschaften im dbb - beamtenbund und tarifunion - mit aktuellen Berichten aus dem Tarifbereich des Bundes und der Länder und Gemeinden.

In der Ausgabe Nr. 10/2002 u.a.:

- Sanierungspakt-Gespräche zwischen dem dbb-berlin und dem Berliner Senat
- Tarifvertrag Ballungsraumzulage München
- Modernisierung des Tarifrechts



Im August 2002
verstarb

Siegfried Koslowski

Als langjähriges DSTG-Mitglied des Landesverbandes Berlin hat er über viele Jahre die Gewerkschaftsarbeit aktiv mitgestaltet und beeinflusst



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein in vieler Hinsicht schwieriges Jahr neigt sich dem Ende entgegen.
Dies gilt auch im Hinblick auf die Ausbildung im Bereich der Berliner Steuerverwaltung,
dem Schwerpunkt in der Arbeit der DSTG-Jugend.

Die Verlagerung der fachtheoretischen Ausbildung des gehobenen Dienstes wurde beschlossen,
ohne dass die Argumente der Betroffenen und der DSTG
gegen einen solchen Schritt auch nur beachtet werden.
Selbst die höheren Kosten für einen Ausbildungsplatz am Bildungszentrum
in Königs Wusterhausen im Vergleich zur Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege
(FHVR) spielten trotz der katastrophalen Haushaltslage des Landes Berlin keine Rolle.
Im nächsten Jahr wird sich dann entscheiden, ob auch die theoretische Ausbildung
des mittleren Dienstes nach Königs Wusterhausen verlagert wird.
Auch diesen Plänen werden DSTG und DSTG-Jugend vehement entgegen treten,
zumal hiervon letztendlich auch die Zukunft der Finanzschule und
damit der Fortbildung in der Berliner Steuerverwaltung hängt.

Einen Erfolg konnten wir mit der Übernahme von
ausgebildeten Steueranwärterinnen und Steueranwärtern erzielen.
Nachdem der Finanzsenator erst eine Übernahme ausgeschlossen hatte,
änderte er nach Intervention von DSTG und DSTG-Jugend seine Auffassung
und ließ zumindest die Einstellung derjenigen Kolleginnen und Kollegen zu,
die die Ausbildung mit „gut“ und besser abgeschlossen haben.
Zudem hat er zugestimmt, dass die „befriedigenden“ Anwärter
einen einjährigen Anstellungsvertrag erhalten.

Aufgrund der sich im Bereich des mittleren Dienstes bzw. der vergleichbaren Angestellten
abzeichnende Personalentwicklung scheint für die Betroffenen durchaus
eine Chance auf eine dauerhafte Beschäftigung zu bestehen.
Die Übernahmepraxis wird auch zukünftig im Mittelpunkt der Arbeit der DSTG-Jugend stehen,
ohne dass wir die weiteren Themen rund um die Ausbildung,
aber auch die Perspektiven nach der Ausbildung aus den Augen verlieren.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen aktiven Mitstreitern,
den Mitgliedern der Landesjugendleitung,
den DSTG-Mitgliedern in der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung
und den Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie den
Ansprechpartnern in den Bezirksgruppen für die geleistete Arbeit bedanken.
Ein besonderer Dank gilt auch den Mitgliedern der Landesleitung und
des Landesvorstandes für die Unterstützung,
ohne die die Arbeit der DSTG-Jugend nicht möglich wäre.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein friedliches, fröhliches und erholsames
Weihnachtsfest sowie einen guten Start in das Jahr 2003.

Mit kollegialen Grüßen



3. dbb-Beschäftigtenvertreterkonferenz: Bedienstete sind nicht schuld für eine verfehltte Finanzpolitik



Kritisch: Joachim Jetschmann berichtete über die Sanierungsgespräche mit dem Senat

Am 27. November 2002 hatte der dbb Berlin die Berliner Jugend- und Auszubildendenvertreter/innen, die Frauenvertreterinnen/Frauenbeauftragten, die Vertrauensleute der Schwerbehinderten, die Betriebs- und Personalräte sowie die Mitglieder des Landeshauptvorstandes zur 3. Konferenz der Beschäftigtenvertretungen in das Hotel Schweizer Hof eingeladen.

Aus dem Bereich der Berliner Steuerverwaltung (DEUTSCHE STEUER-GWERKSCHAFT) nahmen Mandatsträger aus vielen DSTG-Bezirksgruppen teil. So nutzten die Vertreter der DSTG-Bezirksgruppen die dbb-Konferenz auch zum

Informationsaustausch untereinander und zu den Mandatsträgern anderer dbb-Fachgewerkschaften.

Einen Schwerpunkt der dbb-Konferenz nahm der Bericht des dbb-Landesvorsitzenden Joachim Jetschmann über die neueste Entwicklung der Verhandlungen mit dem Senat für einen Berliner Sanierungspakt. Dabei schilderte Jetschmann eindrucksvoll auch die Art und Weise sowie Atmosphäre, in der so manche Gespräche mit den Verhandlungsmitgliedern des Berliner Senats abgelaufen sind. Im Mittelpunkt der Ausführungen des Berliner dbb-Vorsitzenden standen das Vorhaben des Senats von Berlin, durch sogenannte



Aufmerksam: dbb-Beschäftigtenvertreter im Hotel Schweitzer Hof

Fortsetzung Seite 93 >>>

Mitgliedschaft schützt vor Nachteilen bei einseitigen Maßnahmen durch den Senat!

BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

FlexoPlus Kredit

- ▶ Geringe monatliche Raten
- ▶ Bis zum 20fachen Familieneinkommen
- ▶ Laufzeiten bis zu 120 Monaten
- ▶ Flexible Rückzahlung
- ▶ Ablösung bestehender Kredite
- ▶ Großzügige Sofortentscheidung
- ▶ Langfristige Immobiliendarlehen

Kredit online: www.abkbank.de

ÖFFNUNGSZEITEN: MONTAG – FREITAG 9 – 18 UHR · RANKESTR. 34 BIS 19 UHR

Allgemeine Beamten Kasse

INVALIDENSTRASSE 28
AM NORDBAHNHOF
10115 BERLIN
TELEFON 285 35 200

RANKESTRASSE 34
AN DER GEDÄCHTISKIRCHE
10789 BERLIN
TELEFON 210 95 95

HEGELALLEE 14
AM JÄGERTOR
14467 POTSDAM
TELEFON 0331-298 670

3. dbb-Beschäftigtenvertreterkonferenz: Bedienstete sind nicht schuld für eine verfehlte Finanzpolitik

>>> Fortsetzung von Seite 92

Öffnungsklauseln im Besoldungs- und Versorgungsrecht des Bundes landesgesetzliche Regelungen über die Besoldungsanpassungen, die Gewährung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Pensionen, Kürzungen bei den Personalausgaben des Landes Berlin zu erreichen.

In der daran anschließenden Diskussion setzten sich die Mandatsträger aus den einzelnen Fachgewerkschaften mit der Handlungsweise des Berliner Senats kritisch auseinander. Dabei wurde der immer größer werdende Unmut und die Verärgerung der Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen über Wowereit und Körting deutlich. Viele



Appellierend: Joachim Jetschmann fasste die Forderungen des dbb zusammen



Engagiert: Kai-Michael Becker aus der DSTG-Bezirksgruppe Körperschaften IV

Betroffene sind inzwischen nicht mehr bereit, ruhig zu bleiben, da insbesondere die Folgen politischer Misswirtschaft und Fehlentwicklungen mit Maßnahmen zu Lasten des öffentlichen Dienstes insgesamt und ganz besonders der Beamtinnen und Beamten, gehen.

Einig waren sich die Teilnehmer im Schweizer Hof auch beim zweiten Thema, den Verhandlungen zur Einkommensrunde 2002/2003. Joachim Jetschmann berichtete über den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen für den gesamten öffentlichen Dienst.

Insbesondere informierte Jetschmann auch über die dbb-Vorbereitungen für Aktionen während der Verhandlungen

der Tarifparteien und über den Aufruf zur **Groß-Demonstration des dbb am 14. Dezember 2002** (DSTG-Treffpunkt der Beschäftigten aus der Berliner Steuerverwaltung: Potsdamer Platz, 12:30 Uhr) in Berlin.

Auf der Tagesordnung der 3. Konferenz der Beschäftigtenvertretungen stand ferner die Einführung der Kostendämpfungspauschale im Berliner Beihilferecht ab 1. Januar 2003 sowie die Entwicklung des Personalvertretungsrechts beim Bund und im Land Berlin.

Mit unterschiedlichen Redebeiträgen und Anfragen aus den einzelnen Fachgewerkschaften endete am frühen Abend die dbb-Konferenz der Beschäftigtenvertretungen im Schweizer Hof.



Vorbereitet: Gemeinsam zur Berliner dbb-Demonstration am 14. Dezember 2002

Schwerbehindertenwahlen 2002: Vertrauenspersonen gewählt

Vom 1. Oktober bis 30. November 2002 fanden in der Berliner Steuerverwaltung die Wahlen der örtlichen Schwerbehindertenvertretungen statt. Nach dem Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) § 94 Absatz 1 Satz 1 war in jeder Dienststelle, in denen wenigstens fünf schwer behinderte Menschen nicht nur vorübergehend beschäftigt werden, eine Vertrauensperson und mindestens ein stellvertretendes Mitglied zu wählen.

Das Sozialgesetzbuch IX stellt die Schwerbehindertenvertretung damit als besondere Interessenvertretung der schwer behinderten Beschäftigten – Arbeiter, Angestellte und Beamte – gleichberechtigt neben die allgemeine Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer und Beamtinnen und Beamten (Personalvertretung) und hat hierzu viele Elemente aus dem Betriebsverfassungs- und dem Personalvertretungsgesetz übernommen. Daraus folgt, dass deren Vorschriften sowie Rechtsprechung und Literatur zum BetrVG und dem Personal-

vertretungsgesetz des Bundes und der Länder auf das SGB IX übertragen werden können.

Die DSTG Berlin gratuliert recht herzlich allen gewählten Vertrauenspersonen und bietet die Unterstützung im Mandat an!

Wahl der Gesamt- und Hauptschwerbehindertenvertretung

In Bereichen, wo so genannte Stufenvertretungen der Beschäftigten gebildet werden, sind nach dem Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) für die schwer behinderten Beschäftigten eine parallele Interessenvertretung zu bilden. Ist für den Geschäftsbereich mehrerer Dienststellen ein Gesamtpersonalrat errichtet, wählen die Schwerbehindertenvertretungen der einzelnen Dienststellen eine Gesamtschwerbehindertenvertretung und wenigstens ein stellv. Mitglied. Die Wahl der Gesamtschwerbehindertenvertretung erfolgt durch die Vertrauensperson (der einzelnen örtlichen Schwerbehindertenvertretungen).

Für den Bereich der obersten Dienstbehörden (im Land Berlin Senatsverwaltungen) ist ein Hauptpersonalrat gebildet. Nach § 97 SGB IX ist dementsprechend eine Hauptschwerbehindertenvertretung und

wenigstens ein stellvertretendes Mitglied zu wählen. Die Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung beträgt vier Jahre.

Da die Wahl der Stufenvertretungen jeweils nur nach den Wahlen stattfinden

kann, bei denen die Wahlberechtigten ihrerseits gewählt wurden, bestimmt das SGB IX in § 97 Absatz 7 folgende Termine:

1. Dezember 2002 bis 31. Januar 2003:

Wahl der Gesamtschwerbehindertenvertretung

1. Februar 2003 bis 31. März 2003:

Wahl der Hauptschwerbehindertenvertretung

Wählbar zu der Gesamt- bzw. Hauptschwerbehindertenvertretung sind nicht nur die bei deren Wahl jeweils Stimmberechtigten (die örtlichen Schwerbehindertenvertretungen). Vielmehr kann nach dem § 97 Absatz 6 SGB IX jeder Beschäftigte gewählt werden, der einer von der Stufenvertretung zu betreuenden Dienststelle angehört und die übrigen Wählbarkeitsvoraussetzungen des § 94 Absatz 3 SGB IX erfüllt.

Einzelheiten zu der Wahl der Stufen-schwerbehindertenvertretung sind dem Wahlausschreiben zu entnehmen.



TACHELES

TACHELES, der monatliche Nachrichtendienst der dbb-tarifunion, informiert die Mitglieder der 44 Fachgewerkschaften im dbb - beamtenbund und tarifunion - mit Berichten und Meldungen aus dem Tarifbereich des Bundes, der Länder und Gemeinden.

In der Ausgabe Nr. 11/2002 u.a.:

- Begründung und ausführliche Erläuterung der dbb-tarifunion-Forderung nach einer linearen Anpassung der Einkommen
- Interview mit VBL-Präsident Wolfhart Thiel: VBL vor großen Herausforderungen

Pressespiegel



Welt, 30.11.2002

SPD und PDS streiten um das Weihnachtsgeld - Verzicht auf das 13. Monatsgehalt für Senatoren würde 150 000 Euro sparen

von Joachim Fahrhun

Zwischen SPD und PDS herrschen erhebliche Differenzen in der symbolträchtigen Frage des 13. Monatsgehaltes für Berlins Senatoren. Nur die SPD stemmte sich in der ersten Lesung des Gesetzesentwurfs im Landesparlament kategorisch gegen eine Forderung der Grünen, den Kabinettsmitgliedern für die Dauer der extremen Haushaltsnotlage Nullrunden zu verordnen und ihr Weihnachtsgeld einzukassieren.

Die PDS wandte sich nur gegen Details des Antrages. Grundsätzlich, so hieß es aus der Fraktion, werde der Senat nicht um ein Einsparsignal am eigenen Leibe herumkommen. Ein Verzicht brächte 150 000 Euro. Die Grünen und mit ihnen CDU und FDP wollen mit einem Signal des guten Willens den Solidarpakt mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dien-

tes erleichtern. Denn die Beschäftigten sollen nach dem Willen des Senats Nullrunden und Einbußen beim Weihnachtsgeld hinnehmen. „Wenn man etwas will, was liegt dann näher, als in die Vorleistung zu gehen“, fragte der Grünen-Fraktionsvize Volker Ratzmann. Sein FDP-Kollege Alexander Ritzmann sagte, auch Symbolpolitik habe bei festgefahrenen Verhandlungen ihre Berechtigung. Für die SPD begründete die Abgeordnete Kirsten Flesch die Ablehnung. Gute Beispiele wie der Verzicht aufs Krawattengeld für Senatoren oder die Nullrunde bei den Abgeordneten-Diäten würden von der Gegenseite - damit meinte sie die Gewerkschaften - nicht gewürdigt. Wenn die einseitigen Maßnahmen des Senats griffen, sei es „eine Selbstverständlichkeit für den Senat, sich anzu-

schließen“, sagte Flesch. Man könne nicht „Solidarität von einer Seite verlangen“, solange die Gewerkschaften nicht beim Solidarpakt mitmachten. Nicolas Zimmer von der CDU nannte diese Begründung „peinlich“: „Es geht nicht um die Solidarität mit den Arbeitnehmern, sondern mit den Berlinern.“ Denen würden harte Opfer zugemutet. PDS-Fraktionsgeschäftsführer Uwe Döring, der die Erwartungen der eigenen Basis an einen Verzicht bei „denen da oben“ und die Kommentare im „Neuen Deutschland“ kennt, blieb nebulös, um den Konflikt mit dem Koalitionspartner nicht anzuzünden. Die Frage sei nur, ob der Gehaltsverzicht „im Vorgriff“ oder erst nachträglich auch für Senatoren gelten solle: „Das können wir im Ausschuss diskutieren.“

Tagesspiegel, 30.11.2002

Beamte lassen Termin mit Körting platzen - Gespräch mit Wowereit gefordert

Der Beamtenbund und die Kommunal-Gewerkschaft (Komba) haben gestern ein Gespräch mit Innensenator Ehrhart Körting (SPD) platzen lassen.

Nach Auffassung des Beamtenbund-Chefs Joachim Jetschmann gibt es kei-

ne Gesprächsgrundlage mehr. Die Position Körtings, das Beamtentum auf Kernbereiche zu reduzieren, war schon vorher auf Kritik gestoßen. Der Innensenator komme seiner Fürsorgepflicht gegenüber den öffentlich Beschäftigten nicht

nach, sagte Jetschmann. Man wolle jetzt ein klärendes Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister.

Körting hatte gestern erneut darauf verwiesen, dass er lediglich bei Polizei, Feuerwehr, Justiz und Steuerbehörden Beamte für „unersetzlich hält“. Lehrer könne man aber generell als Angestellte beschäftigen. sik

Berliner Morgenpost, 30.11.2002

Wowereits Vorstoß für Tarif-Nullrunde gescheitert

Berlin - Eine gemeinsame Initiative der Bundesländer für eine Nullrunde im Öffentlichen Dienst wird es nicht geben. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) bedauerte, dass sein Vorstoß gescheitert ist. Ein solches Vorhaben hätte nur bei Einstimmigkeit Sinn gemacht, sagte Wowereits Sprecher Michael Donnermeyer. Diese sei aber weder bei der SPD noch bei der Union herstellbar gewesen. Angesichts der prekären Finanzlage des Landes gebe es nach Ansicht Wowereits zu einer Nullrunde allerdings keine Alternative für Berlin. Der Bundesrat hat die rot-grünen Eilgesetze ausgebremst: Er rief zu Hartz, Ökosteuern und dem Gesetz zur Renten- und Krankenversicherung den Vermittlungsausschuss an.

SFB-Videotext und INFO-Radio, 30.11.2002

Wowereit hält an Nullrunde fest

Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit hat das Scheitern einer gemeinsamen Länder-Initiative für eine Nullrunde im Öffentlichen Dienst bedauert. Ein solcher Vorstoß hätte nur bei Einstimmigkeit Sinn gemacht, sagte ein Sprecher. Für Berlin gebe es aber angesichts der Finanzlage des Landes zu einer Nullrunde keine Alternative. ...

Gewerkschaften machen Druck

Nach den gescheiterten Gesprächen über

einen Solidarpakt für den Öffentlichen Dienst in Berlin verschärfen die Gewerkschaften ihren Protest gegen die geplanten Sparmaßnahmen des Senats. Der Deutsche Beamtenbund und die KOMBA-Gewerkschaft beendeten ein Gespräch mit Innensenator Körting nach kurzer Zeit. Der Senator sei nicht bereit gewesen, mit den Gewerkschaften über seine Vorstellungen zum Beamtentum zu diskutieren. Inzwischen zeichnet sich ab, dass es im öffentlichen Dienst bundesweit noch vor Weihnachten Warnstreiks geben wird.

taz, 30.11.2002

Gewerkschaften drohen mit Streik

Die Gewerkschaften machen weiter massiv Druck gegen das Angebot des roten Senats für einen Solidarpakt zur

Reduzierung der Personalkosten im öffentlichen Dienst Berlins. Der Deutsche Beamtenbund (DBB) und die Komba-Gewerkschaft ließen am Freitag ein Gespräch mit Innensenator Ehrhart Körting (SPD) nach kurzer Zeit platzen. ... DPA

Senat von Berlin: Erneute Erhöhung der Arbeitszeit der Beamten um zwei weitere Stunden

Am 26. November 2002 hat der Berliner Senator für Inneres, Dr. Ehrhart Körting, die Initiative für eine erneute Erhöhung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten um weitere zwei Stunden ergriffen.

Dazu aus der Sitzung des Senats am 26. November 2002:

„Der Senat hat auf Vorlage von Innenminister Dr. Ehrhart Körting die Zwölfte Verordnung zur Änderung der Arbeitszeitverordnung zur Kenntnis genommen. Mit den vorgelegten Änderungen wird die Arbeitszeit der Beamten zum 20. Januar 2003 um zwei Stunden auf 42 Wochenstunden erhöht. Darüber hinaus werden die Pflichtstundenzahlen für Lehrer nach Schularten entsprechend angepasst. Die Erhöhung der Pflichtstundenzahl richtet sich nach der Schulart. Die

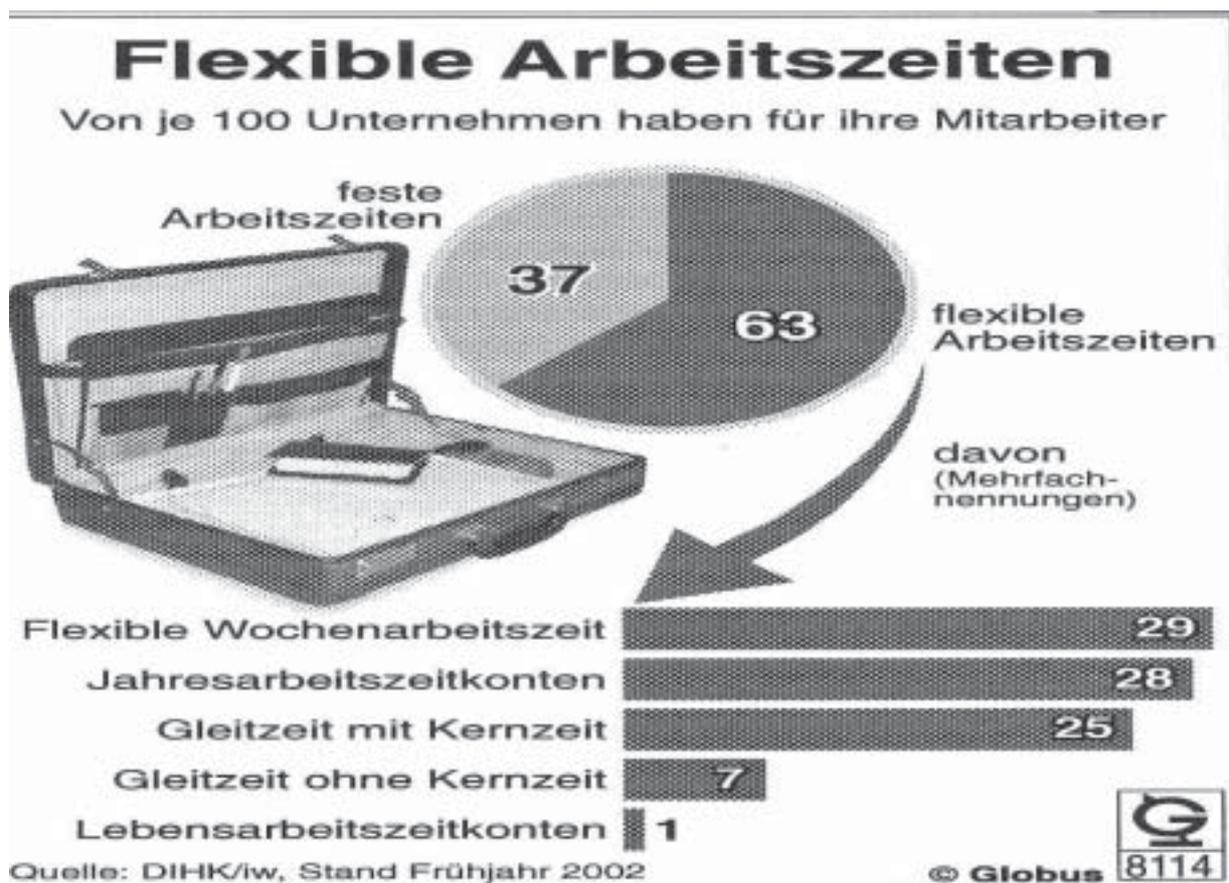
Maßnahmen erbringen ein Einsparvolumen von jährlich insgesamt 135,75 Mio. •.

Der Senat hat die Senatsverwaltung für Inneres beauftragt, die Gewerkschaften und Berufsverbände zu beteiligen und die Vorlage dem Rat der Bürgermeister zuzuleiten.

Der Senat ist sich bewusst, dass die Arbeitszeitverlängerung unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten problematisch ist, sieht sich aber aufgrund des Nichtzustandekommens des Solidarpakts zu diesen Maßnahmen gezwungen.

Die Arbeitszeitverlängerung ist deshalb als vorübergehende Maßnahme gedacht, bis sich über die Weiterverhandlung des Solidarpakts oder über die Bundesratsinitiative zur Öffnung des Bundesbesoldungsrechts andere und arbeitsmarktpolitisch sinnvollere Möglichkeiten ergeben. Der Senat wird dann die Arbeitszeitverlängerung wieder rückgängig machen.“

DSTG und dbb lehnen die erneute Mehrarbeit der Beamten ab. Sie nehmen den Senat beim Wort: Wiedervorlage - Aufhebung der Arbeitszeitverlängerung!



In 63% der Unternehmen gibt es flexible Arbeitszeiten. Sie erlauben ihren Mitarbeitern, die Arbeitszeit während der Woche unterschiedlich einzuteilen oder ermöglichen mit Jahresarbeitszeitkonten den Ausgleich über ein ganzes Jahr. Auch die Unternehmen profitieren von den

modernen Arbeitszeitmodellen. Denn die Arbeitnehmer richten sich beileibe nicht nur nach den eigenen Bedürfnissen.

Meist wird die Arbeitszeit so eingestellt, dass Spitzenzeiten aufgefangen werden; in ruhigen Zeiten werden die an-

gelaufenen Plus-Stunden abgebummelt. Starre Arbeitszeiten finden sich eher in kleinen Unternehmen, zum Beispiel bei 47% der Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern; die Großunternehmen bieten dagegen fast alle flexible Arbeitszeiten ihren Mitarbeitern an.

Kostendämpfungspauschale ab 1. Januar 2003: DSTG-Mitglieder erhalten Rechtschutz

Zum 1. Januar 2003 hat der Senat von Berlin die Beihilfevorschriften (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, Nr. 25/2002, Seite 192) geändert. Die verbleibende Beihilfe wird – unterschiedlich nach Besoldungsgruppen – je Kalenderjahr, in dem ein Beihilfeantrag gestellt wird, um eine Kostendämpfungspauschale gekürzt. Die Kostendämpfungspauschale gilt für alle beihilfefähigen Aufwendungen, die nach dem 1. Januar 2003 entstanden sind. Nach Ansicht des dbb – beamtenbund und tarifunion – berlin ist die durch den Landesgesetzgeber zum 1. Januar 2003 eingeführte Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe mit hoher Wahrscheinlichkeit verfassungswidrig.

Zu beachten ist, dass die pauschale Heranziehung von Beamtinnen und Beamten im Wege einer Selbstbeteiligung an den Beihilfekosten durch die kumulative Abschaffung der Erstattungsfähigkeit der Wahlleistungen noch verschärft wird.

Die DSTG empfiehlt, gegen die Beihilfebescheide (nach dem 01.01.03), in denen die Kostendämpfungspauschale berücksichtigt wurde, sofort Widerspruch einzulegen.

Hier die wichtigsten Änderungen:

§ 44 Landesbeamtengesetz Berlin:

„(4) Die nach Anwendung des § 14 der Beihilfevorschriften verbleibende Beihilfe wird je Kalenderjahr, in dem ein Beihilfeantrag gestellt wird, bei den Angehörigen der Besoldungsgruppen

A 7 bis A 8	um 50 Euro
A 9 bis A 12	um 100 Euro
A 13, A 14, C 1 und R 1 bis zur 8. Lebensaltersstufe	um 200 Euro
A 15, A 16, B 2, C 2, C 3 und R 1 ab der 9. Lebensaltersstufe	um 310 Euro
B 3 bis B 7, C 4, R 3 bis R 7	um 460 Euro
B 8 bis B 11 und R 8	um 770 Euro

gekürzt (Kostendämpfungspauschale).

Die Kostendämpfungspauschale vermindert sich um 35 Euro für jedes berücksichtigungsfähige Kind.

(5) ... Für Teilzeitbeschäftigte vermindert sich die Kostendämpfungspauschale im Verhältnis der tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeit zur Vollarbeitszeit.

(6) Die Kostendämpfungspauschale für Versorgungsempfänger beträgt 70 vom Hundert der Kostendämpfungspauschale für die Besoldungsgruppe, nach der die Versorgungsbezüge berechnet werden.“

DSTG-Mitglieder sollten gegen betreffende Beihilfebescheide sofort Widerspruch einlegen. DSTG-Mitglieder erhalten über die Mitgliedschaft in der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN Rechtsschutz. Nähere Informationen darüber erteilen die DSTG-Bezirksgruppen oder die DSTG-Landesgeschäftsstelle Berlin.

Mitgliedschaft schützt vor Nachteilen bei einseitigen Maßnahmen durch den Senat!

Internationale Grüne Woche 2003

Die Internationale Grüne Woche findet vom 17. - 26. Januar 2003 zum 68. Mal statt. Sie ist eine in ihrer Ausrichtung einzigartige internationale Ausstellung der Ernährungs- und Landwirtschaft, sowie des Gartenbaus.



DSTG-Mitglieder erhalten über die DSTG-Bezirksgruppen wieder ermäßigte Eintrittskarten zum Preis von 9,- €.



dbb tarifunion
Tarifpartner im öffentlichen Dienst



dbb-Broschüre

Die dbb-tarifunion hat unter dem Titel „dbb-tarifunion - Tarifpartner im öffentlichen Dienst“ eine neue Broschüre herausgegeben.

In der dbb-Broschüre werden die Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeit, die Einkommens- und sonstige Tarifverhandlungen sowie die Grundsatzpositionen der dbb-tarifunion dargestellt. Auf 20 Seiten wird das gesamte Spektrum moderner Gewerkschaftsarbeit skizziert. Einzelexemplare werden kostenlos (für Nichtmitglieder gegen Erstattung der Versandkosten) abgegeben. Bestellungen sind bitte schriftlich per Fax unter 030 4081-4399 oder per E-Mail unter dbbtu@t-online an die dbb-tarifunion zu richten.

Das Leistungsangebot . . .

Beispiel

Tarifverhandlungen für Angestellte und Arbeiter

„Tarifvertrag“

Der Tarifvertrag ist ein zwischen Gewerkschaften einerseits und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern andererseits abgeschlossener Vertrag. Er regelt die Rechte und Pflichten der Tarifvertragsparteien (schuldrechtlicher Teil) und enthält Rechtsnormen unter anderem über den Inhalt, den Abschluss und die Beendigung von Arbeitsverhältnissen (normativer Teil). Rechtsgrundlage für den Tarifvertrag ist das Tarifvertragsgesetz (TVG). Die tariflichen Normen gelten unmittelbar und zwingend zwischen den Tarifgebundenen. Sie wirken demnach auf die Arbeitsverhältnisse ein, ohne dass es einer Umsetzung des Tarifvertrags durch eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder auch nur einer Kenntnis von dessen Bestand bedarf. Arbeitsentgelte und sonstige Arbeitsbedingungen, die durch Tarifvertrag geregelt sind oder üblicherweise geregelt werden, können nicht Gegenstand von Dienst- bzw. Betriebsvereinbarungen sein.

„DSTG-Tarifkommission, dbb-tarifkommission, dbb-tarifunion“

Die **DSTG-Tarifkommission** setzt sich aus 23 Vertretern der DSTG-Landes- bzw. Bezirksverbände zusammen. Der Vorsitzende Helmut Overbeck (Bezirksverband Westfalen-Lippe) ist zugleich Vorsitzender der **dbb-tarifkommission**, die die Forderungen zur Neuregelung der Arbeits- und Einkommensbedingungen erarbeitet. Die **dbb-tarifunion** mit dem Vorsitzenden Robert Dera und dem stv. Vorsitzenden Helmut Overbeck (DSTG) ist anerkannter Tarifpartner von Bund, Ländern und Gemeinden.

Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!

DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Ausfüllen und bitte an die DSTG-Berlin senden:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Berlin
Motzstraße 32

10777 Berlin

FAX: 030 21473041

Ja, ich werde Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Berlin- mit Wirkung vom 2002.

Name: Vorname: Geburtsdatum:

Anschrift:

Telefon privat: E-Mail privat:

Dienststelle: Besoldungsgruppe: BAT:

Telefon dienstlich: Teilzeitbeschäftigt:

.....,den (Unterschrift)